

### **Statement DDr. Rauscher, 23.04.2024**

Die Fahrzeugindustrie steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen, von denen der Green Deal der Europäischen Union zweifellos eine der schwerwiegendsten ist. Dieser ambitionierte Plan fordert eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf Null und macht es erforderlich, Produktionsstätten umzubauen, neue Technologien zu erforschen und Fachkräfte mit den nun benötigten Kenntnissen zu akquirieren bzw. bestehende Mitarbeiter damit auszustatten.

Betroffen ist aber nicht nur der Pkw-Sektor auch Hersteller von Traktoren, Lkw oder Spezialfahrzeugen aber auch von Zweiradfahrzeugen sind massiv mit dem Thema alternativer Antriebe und digitaler Transformation konfrontiert. Hier gibt es in Österreich sehr erfolgreiche Betriebe, die bereits elektrische Feuerwehrfahrzeuge entwickelt haben, oder Radlader mit batterieelektrischen- und Wasserstoffantrieben betreiben. In anderen Bereichen, wie der sehr erfolgreichen österreichischen Motorradindustrie, werden gerade Lösungen zur Reduktion des Fahrgeräuschs erarbeitet. Auch sind Betriebe von der Transformation betroffen, welche Komponenten für Fahrzeuge herstellen. Insbesondere natürlich jene, deren Komponenten hauptsächlich für Verbrennungsmotoren benötigt werden, wie beispielsweise Dichtungen oder Treibstofftanks .

Diese neuen Anforderungen an unsere Betriebe kommen zu einer Zeit, in der wir ohnehin bereits mit globalen Krisen, Lieferkettenunterbrechungen und Marktunsicherheiten konfrontiert sind. Vergessen wir nicht die Rolle Chinas bei der Produktion von E-Fahrzeugen. Dazu kommen weitere Themen, wie die angespannte Preissituation bei Vormaterialien und Energie sowie die Suche nach Fachpersonal.

Dennoch bin ich davon überzeugt, dass durch die von der Politik gesetzten Begleitmaßnahmen und ein gemeinsames Vorgehen diese Herausforderungen bewältigt werden können. Ich sehe hier bereits vielversprechende Ansätze. Die Regierung hat mit der Klima- und Transformationsoffensive einen wichtigen Schritt unternommen, um beispielsweise die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter zum Umgang mit neuen Technologien und Produkten in unserer Branche zu stärken, die Forschung und Entwicklung zu fördern sowie wichtige Investitionen zu ermöglichen.

Die Transformationsoffensive des BMAW für die österreichische Fahrzeugindustrie wird gut angenommen und hilft unseren Betrieben, sich auf neue Entwicklungen und Anforderungen einzustellen. Daher fordern wir von der Bundesregierung, dass dieses Programm um weitere vier Jahre sohin bis 2030 verlängert und wieder mit mindestens 600 Mio. Euro dotiert wird. So wird es der Fahrzeugindustrie ermöglicht, weiterhin attraktive, gut entlohnte und sichere Arbeitsplätze in Österreich anzubieten.

Im Bereich der für uns besonders wichtigen Investitionsförderung gibt es derzeit jedoch Verzögerungen bedingt durch das EU- Beihilfenrecht, welches vereinfacht gesagt, eine Förderung von neuen Produktionsstätten nur in ausgewählten Mitgliedsstaaten – wie z.B. in unseren östlichen Nachbarländern - erlaubt und somit für Österreich einen eklatanten Wettbewerbsnachteil darstellt.

Ich danke Ihnen, Frau BM Edtstadler, das Sie gemeinsam mit Herrn Wirtschaftsminister Kocher im 10-Punkte-Plan der Bundesregierung eine Änderung des Beihilferechts auf EU-Ebene anstoßen möchten. Diese Änderung ist für unsere Betriebe von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass Österreich ein attraktiver Standort für die Fahrzeugindustrie bleibt. Eine Transformation der Produktion hin zu grünen Produkten muss förderbar sein. Dies und die Verlängerung der Transformationsoffensive sind wirksame Maßnahmen, um einer Deindustrialisierung Österreichs entgegenzuwirken.